

SOEPpapers

on Multidisciplinary Panel Data Research

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Eine Chance in der Krise?

Simon Kühne, Martin Kroh, Stefan Liebig, Jonas Rees, Andreas Zick, Theresa Entringer, Jan Goebel, Markus M. Grabka, Daniel Graeber, Hannes Kröger, Carsten Schröder, Jürgen Schupp, Johannes Seebauer, Sabine Zinn

SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin

This series presents research findings based either directly on data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) or using SOEP data as part of an internationally comparable data set (e.g. CNEF, ECHP, LIS, LWS, CHER/PACO). SOEP is a truly multidisciplinary household panel study covering a wide range of social and behavioral sciences: economics, sociology, psychology, survey methodology, econometrics and applied statistics, educational science, political science, public health, behavioral genetics, demography, geography, and sport science.

The decision to publish a submission in SOEPPapers is made by a board of editors chosen by the DIW Berlin to represent the wide range of disciplines covered by SOEP. There is no external referee process and papers are either accepted or rejected without revision. Papers appear in this series as works in progress and may also appear elsewhere. They often represent preliminary studies and are circulated to encourage discussion. Citation of such a paper should account for its provisional character. A revised version may be requested from the author directly.

Any opinions expressed in this series are those of the author(s) and not those of DIW Berlin. Research disseminated by DIW Berlin may include views on public policy issues, but the institute itself takes no institutional policy positions.

The SOEPPapers are available at <http://www.diw.de/soeppapers>

Editors:

Jan **Goebel** (Spatial Economics)

Stefan **Liebig** (Sociology)

David **Richter** (Psychology)

Carsten **Schröder** (Public Economics)

Jürgen **Schupp** (Sociology)

Sabine **Zinn** (Statistics)

Conchita **D'Ambrosio** (Public Economics, DIW Research Fellow)

Denis **Gerstorff** (Psychology, DIW Research Fellow)

Katharina **Wrohlich** (Gender Economics)

Martin **Kroh** (Political Science, Survey Methodology)

Jörg-Peter **Schräpler** (Survey Methodology, DIW Research Fellow)

Thomas **Siedler** (Empirical Economics, DIW Research Fellow)

C. Katharina **Spieß** (Education and Family Economics)

Gert G. **Wagner** (Social Sciences)

ISSN: 1864-6689 (online)

German Socio-Economic Panel (SOEP)

DIW Berlin

Mohrenstrasse 58

10117 Berlin, Germany

Contact: soeppapers@diw.de



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Eine Chance in der Krise?

Simon Kühne¹, Martin Kroh¹, Stefan Liebig², Jonas Rees³, Andreas Zick³,
Theresa Entringer², Jan Goebel², Markus M. Grabka², Daniel Graeber²,
Hannes Kröger², Carsten Schröder², Jürgen Schupp², Johannes Seebauer², Sabine Zinn²

¹ Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld

² Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

³ Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld

Zusammenfassung

Die Corona-Krise verändert nahezu alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland und weltweit. Die mit der Eindämmung des Virus verbundenen Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, „Social Distancing“ und die Schließung von Schulen, Geschäften, Restaurants und kulturellen Einrichtungen beeinflussen dabei insbesondere das soziale Miteinander sowohl in Organisationen, Gruppen und Vereinen, als auch in der Familie, unter Freunden und Nachbarn, oder in Partnerschaften. Diese einschneidenden Veränderungen können die Sicht auf staatliche Institutionen wie auch die Wahrnehmung und das Erleben des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft betreffen und verändern. Dieser Bericht analysiert unterschiedliche Aspekte gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Corona-Krise. Dabei liegt der Fokus einerseits auf dem Verhältnis der Menschen zu den Institutionen in Deutschland und analysiert wie die Menschen das Krisenmanagement auf den unterschiedlichen Regierungsebenen beurteilen und wie sich ihre Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland entwickelt hat. Darüber hinaus fokussiert der Bericht den Zusammenhalt auf der lokalen und zwischenmenschlichen Ebene und betrachtet das Vertrauen der Menschen in andere Menschen sowie das Ausmaß ihrer Sorgen um den Zusammenhalt. Wie die Ergebnisse zeigen, ist eine deutliche Mehrheit der Menschen hierzulande zufrieden mit dem staatlichen Krisenmanagement zur Eindämmung der Pandemie. Gleichzeitig steigt in Corona-Zeiten die Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Demokratie und auch das Vertrauen der Menschen untereinander.

Keywords: Coronavirus, COVID-19, Zusammenhalt, Vertrauen, Demokratie

SOEP CoV

Sozio-ökonomische Faktoren
und Folgen der Verbreitung
des Coronavirus in Deutschland

UNIVERSITÄT
BIELEFELD

DIW SOEP

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

1. Einleitung

Die kollektive Erfahrung der Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen betreffen das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland und weltweit. An unterschiedlichen Berührungspunkten erfahren Menschen dabei sich verändernde Prozesse des sozialen Austauschs. Dies beinhaltet z.B. das Erleben staatlicher Institutionen in Form von Maßnahmen und Richtlinien auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Die temporär zum Schutz vor der Ausbreitung der Corona-Pandemie – und damit von Leben – beschlossenen Maßnahmen zur Beschränkung von Kontakten im öffentlichen Leben stellen nach Meinung vieler politischer BeobachterInnen die bisher weitreichendsten Eingriffe in die Grundrechte in der Bundesrepublik dar¹. Darüber hinaus verändern sich aufgrund der Lage und Richtlinien wie dem empfohlenen „Social Distancing“ auch nahezu sämtliche Bereiche des sozialen Miteinanders sowohl in Betrieben, Organisationen, Gruppen und Vereinen, als auch in der Familie, unter Freunden und Nachbarn oder in Partnerschaften. Diese einschneidenden Veränderungen können die Sicht auf staatliche Institutionen wie auch die Wahrnehmung und das Erleben des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft² betreffen und verändern.

In Deutschland unterstützt eine deutliche Mehrheit von Befragten die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.³ Es gibt in der Bevölkerung jedoch auch generelle Ablehnung des staatlich verordneten Lockdowns wie Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Schulen, Geschäften und Restaurants, Corona-Warn-Apps und ähnlichen Maßnahmen, wenn diese als ungerechtfertigt oder übertrieben beurteilt werden oder dahinter andere Motive als der Gesundheitsschutz vermutet werden. Diese Kritik findet lautstarken Ausdruck unter anderem in Demonstrationen in Deutschland und anderen Ländern und verbindet VerschwörungsanhängerInnen, ImpfgegnerInnen, AntisemitInnen und gewaltbereite Rechtsradikale wie auch Rechtsextreme.

Neben grundsätzlicher Ablehnung von Grundrechtseingriffen zur Eindämmung der Pandemie gibt es im Rahmen des parlamentarischen und föderalen Systems der Bundesrepublik unterschiedliche Auffassungen zum Grad und zur zeitlichen Befristung von Maßnahmen des Lockdowns. Während in einigen Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg die Maßnahmen vergleichsweise umfangreich waren, haben Thüringen und Nordrhein-Westfalen früher als andere Bundesländer Einschränkungen gelockert oder zurückgenommen. Welches

¹ So z.B. der ehemalig Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier im Interview mit dem Spiegel (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/christina-lambrecht-und-hans-juergen-papier-freiheit-oder-sicherheit-was-zaehlt-mehr-a-00000000-0002-0001-0000-000170716174>).

² Die Wissenschaft unterscheidet diverse Faktoren gesellschaftlichen Zusammenhalts und versteht das Konzept grundsätzlich als mehrdimensional. Hierbei zu nennen sind die sozialen Beziehungen, deren Stärke und damit verbundene soziale Regeln des Miteinanders, Vertrauen in und Verbundenheit mit dem Gemeinwesen, Institutionen und Mitmenschen, eine gemeinsame Wertebasis und als fair akzeptierte demokratische Grundordnung, sowie der Einsatz und Solidarität für Schwächere und gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit. Zur umfassenden Erforschung der scheinbar simplen Frage, was unsere Gesellschaft zusammenhält, wurde jüngst das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) gegründet. Dies ist ein Zusammenschluss von 11 Instituten. An der Universität Bielefeld sind die Autoren Kroh, Rees und Zick (Sprecher) am FGZ beteiligt.

³ Siehe bspw. die Ergebnisse des „COVID-19 Snapshot Monitoring“ (<https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/cosmo-analysis.html>), ein Gemeinschaftsprojekt von Universität Erfurt (UE), Robert Koch-Institut (RKI), Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID), Science Media Center (SMC), Bernhard Nocht Institute for Tropical Medicine (BNITM), Yale Institute for Global Health (YIGH) und Rees et al. (2020). *Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland*. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

Krisenmanagement von den Menschen in Deutschland besonders positiv und welcher Weg kritischer beurteilt wird, zeigt der vorliegende Bericht zu der SOEP-CoV-Studie.

Dass als krisenhaft wahrgenommene Ereignisse den gesellschaftlichen Zusammenhalt in seinen unterschiedlichen Facetten – von der Zufriedenheit mit der Demokratie als solche bis hin zu zwischenmenschlichem Vertrauen und Misstrauen – verändern können, zeigen frühere Forschungsergebnisse zu Naturkatastrophen (Carlin et al. 2014) oder auch Wirtschaftskrisen (Navarro-Carrillo et al. 2018). Auch zeigt die jüngste Vergangenheit der Fluchtmigration in den Jahren 2015 und 2016, dass Parteien wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD) als krisenhaft wahrgenommene Ereignisse in ihrem Sinne parteipolitisch zur Agitation und Mobilisierung nutzen, Kritik an politischem Handeln kanalisieren und eine hierdurch Polarisierung in der Bevölkerung verstärken können.

Auch die aktuelle Corona-Krise hat das Potential den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verändern. So wurden mit dem Verweis auf den Schutz der Leben von COVID-19 PatientInnen neue und ungewohnte Maßnahmen wie die Schließung von Schulen, Kontaktverbote, bis hin zum Ausruf des Notstandes in Bayern eingeführt. Staatliche Eingriffe werden somit aktuell besonders erleb- und sichtbar und verändern dadurch womöglich auch das Verhältnis der BürgerInnen zu ihren gewählten RepräsentantInnen und Institutionen. Gleichzeitig sind die Maßnahmen geradezu auf den Zusammenhalt und Rückhalt in der Bevölkerung angewiesen, damit sie jenseits von Zwang und Kontrolle funktionieren und gesellschaftliche Bereiche aufrechterhalten können (Dayrit und Mendoza 2020).

Dabei sind mit Blick auf den Zusammenhalt positive wie auch negative Verhaltensorientierungen auf das Krisenphänomen Corona relevant. Erstens sind prinzipiell Entfremdungen als auch Reaktionen der Identifikation mit der Politik denkbar. Im vorliegenden Bericht beleuchten wir die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie sowie die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement verschiedener politischer Ebenen, um die Reaktion der Bevölkerung in ihren politischen Einstellungen nachzuzeichnen.

Zweitens mag sich auch der Zusammenhalt zwischen Menschen auf der lokalen Ebene durch die Corona-Krise verändern. Auf der einen Seite mögen solidarische Verhalten und Hilfen in Nachbarschaften und Vereinen in der schwierigen Situation durch das Coronavirus als Kollektiverfahrung gemeinschaftlicher Solidarität auch langfristig positiv auf das Zusammenleben in Deutschland wirken. Auf der anderen Seite ist auch die gegenteilige Erwartung plausibel, dass die Sorge um wechselseitige Ansteckung zu einer wachsenden zwischenmenschlichen Distanz und Misstrauen in sozialen Kontakten führen. In diesem Bericht untersuchen wir daher auch Veränderungen des zwischenmenschlichen Vertrauens vor und während der Corona-Krise sowie die berichteten Sorgen der Menschen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

2. Daten

Zur Untersuchung der Wirkung der Corona-Krise auf die verschiedenen Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts greifen wir auf Informationen aus der Langfristbefragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der SOEP-CoV Studie zurück.

Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 durchgeführt wird (vgl. Goebel et al., 2019). Das SOEP enthält eine Vielzahl an Informationen zu den Befragten – auf Individual- und Haushaltsebene. Hierzu zählen neben soziodemografischen Charakteristika (Haushaltszusammensetzung, Wohnort, Alter und Geschlecht der Haushaltsmitglieder, Einkommen, etc.) Informationen zum Erwerbsstatus (Arbeitszeit, Branche, Erwerbseinkommen, Anzahl der MitarbeiterInnen im Betrieb, etc.) sowie Fragen zu Gesundheit, Sorgen oder Lebenszufriedenheit.

Bei der SOEP-CoV Studie handelt es sich um eine wissenschaftliche Studie, die seit dem 30. März 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird. Das Projekt SOEP-CoV wird als Verbundprojekt zwischen der Universität Bielefeld und dem SOEP am DIW Berlin vom BMBF im Rahmen des Förderaufrufs zur Erforschung von COVID-19 im Zuge des Ausbruchs von Sars-CoV-2 gefördert. Im Rahmen des Projekts wurden SOEP Haushalte von April 2020 bis Juni 2020 – zusätzlich zu der regelmäßigen jährlichen Befragung – zu ihrer beruflichen und familiären Situation, zu ihren Sorgen und ihrer Gesundheit, sowie zu Einstellungen und Meinungen befragt. Für SOEP-CoV werden seit Anfang April 12,000 Bruttohaushalte telefonisch kontaktiert und um Teilnahme an einer telefonischer Befragung gebeten, wobei eine Person pro Haushalt befragt wird.

Die Daten des SOEP aus den vergangenen Jahren vor der Krise werden mit Daten der aktuellen SOEP-CoV Studie auf individueller Ebene kombiniert. Während das SOEP also Informationen zu Aspekten gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland aus den Vorjahren enthält, ergänzt die SOEP-CoV Studie diese Daten um Informationen aus einer telefonischen Sonderbefragung der SOEP-Haushalte im April und Mai 2020, also zur Zeit des Lockdowns. Nähere Information zu SOEP-CoV finden sich unter <https://www.soep-cov.de> und im SOEP-CoV-Methodenpapier, Kühne et al. (2020).

Für die Analysen zu der Zeit vor der Krise verwenden wir die veröffentlichten SOEP-Daten der Jahre bis 2018 (v35) sowie ausgewählte Vorabdaten des Befragungsjahres 2019. Hierbei berücksichtigen wir nur die SOEP-Teilstichproben, die auch in der SOEP-CoV-Befragung integriert wurden. Die 2019er-Stichproben von Hochvermögenden und Lesben, Schwulen und Bisexuellen sowie die Geflüchteten-Samples M3-M5 sind daher nicht Teil der Analysen. Tabelle 1 listet die Anzahl der in den Analysen berücksichtigten Personen für jedes Befragungsjahr seit 2013.

Tabelle 1: Fallzahlen nach Befragungsjahren

Jahr	Anzahl Befragte
2013	31,318
2014	27,786
2015	27,512
2016	24,957
2017	27,223
2018	26,234
2019	21,806
2020	5,214

Für SOEP-CoV werden nicht alle 12,000 Haushalte der Bruttostichprobe gleichzeitig kontaktiert und befragt, sondern in neun zeitlich aufeinanderfolgenden „Tranchen“. Für die Analysen in diesem Bericht greifen wir auf die ersten vier Befragungstranchen von SOEP-CoV zurück, welche zwischen Anfang April und Ende Mai befragt wurden.

Die vorliegenden Analysen beziehen sich auf alle Personen in Deutschland, die 17 Jahre und älter sind und in Privathaushalten leben. Für alle in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse wurden Gewichtungsfaktoren im Rahmen der Analysen verwendet. Für die Jahre bis 2018 verwenden wir die Querschnitts-Personen-Gewichtungsfaktoren (siehe Siegers, Belcheva & Silbermann 2020). Für das Erhebungsjahr 2019 ist die Gewichtung noch nicht final abgeschlossen, weswegen wir die Gewichtungsfaktoren aus 2018 auf 2019 übertragen. Für die Daten der SOEP-CoV-Befragung in 2020 wurden spezielle Ausfallgewichte erstellt, die den Selektionsprozess der telefonischen Befragung ausgleichen (siehe Kühne et al. 2020). Diese werden im Anschluss mit den Hochrechnungsfaktoren aus dem Befragungsjahr 2018 kombiniert.

3. Ergebnisse

3.1 Bewertung des Krisenmanagements

Im Verlauf der Pandemie seit März wurden verschiedene Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Virus beschlossen (und wieder gelockert). Dabei ist die erste Phase der Krisenbewältigung insbesondere durch ein bundesweites Vorgehen geprägt, so z.B. sichtbar in den bundesweiten Kontaktbeschränkungen, die am 22. März gemeinsam von der Bundesregierung und den Regierungschefs der Länder beschlossen wurden. Innerhalb der letzten Wochen und Monate werden hingegen zunehmend Unterschiede zwischen den Bundesländern im Umgang mit der Krise sichtbar – z.B. hat Bayern im Vergleich mit Nordrhein-Westfalen strengere Maßnahmen und Regelungen umgesetzt.

Die TeilnehmerInnen der SOEP-CoV-Studie werden seit April befragt, wie zufrieden sie mit dem Krisenmanagement auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind. Dabei können die Befragten jeweils auf einer 11-stufigen Skala antworten, wobei 0 für „ganz und gar unzufrieden“ und 10 für „ganz und gar zufrieden“ steht.

Entsprechend der insgesamt positiven Beurteilung des deutschen Krisenmanagements unter internationalen ExpertenInnen⁴ sind auch die BürgerInnen überwiegend zufrieden mit dem Krisenmanagement auf allen drei Verwaltungsebenen. Die Durchschnittswerte liegen für alle drei Ebenen, Bundesregierung, Landesregierung und lokale Ebene (Stadt/Gemeinde) bei 6.7, sind also auf gleichem Niveau im oberen Drittel der Antwortskala angesiedelt. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Zufriedenheit im Befragungszeitraum April und Mai 2020 auf einem konstanten Niveau verbleibt, sich also nicht systematisch verringert oder erhöht.

Insbesondere Unterschiede im Krisenmanagement der Bundesländer haben zu politischen Kontroversen und einiger medialer Aufmerksamkeit geführt. In der Berichterstattung waren seit Beginn der Corona-Krise die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen mit ihren Ministerpräsidenten Markus Söder und Armin Laschet besonders sichtbar, später auch Thüringen mit Ministerpräsident Bodo Ramelow. So wurde Markus Söder in Bayern eher die Rolle des Verfechters strikterer Lockdown-Regeln zugeschrieben, Armin Laschet in Nordrhein-Westfalen und später Bodo Ramelow in Thüringen tendenziell als Vorreiter einer frühen Lockerung der Maßnahmen dargestellt.

Die Bewertung des Krisenmanagements der Landesregierungen schwankt um 1.2 Skaleneinheiten (Abbildung 1), wobei Befragte aus Bayern das Krisenmanagement ihrer Landesregierung dabei am positivsten bewerten (7.2), während Menschen aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg im Vergleich am unzufriedensten sind (6.0).⁵ Das mit knapp 18 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen liegt mit einer durchschnittlichen Zufriedenheit von 6.3 im unteren Mittelfeld des Bundeslandvergleichs.

Die aus Abbildung 1 ersichtlichen Unterschiede spiegeln möglicherweise auch regional unterschiedliche Bewertungen von Politik im Allgemeinen wider. So fällt auf, dass die Landesregierungen der neuen Bundesländer meist schlechter bewertet werden als die der alten

⁴ Siehe bspw. den „COVID-19 Safety Assessment Report“ der Deep Knowledge Group, in dem 200 Länder miteinander verglichen werden (<http://analytics.dkv.global/covid-regional-assessment-200-regions/full-report.pdf>).

⁵ Aufgrund der im Vergleich geringen Größe der Bundesländer und der damit verbundenen geringen Fallzahl in den Zufallsstichproben, wurde für die Analysen Bremen mit Niedersachsen, Hamburg mit Schleswig-Holstein und das Saarland mit Rheinland-Pfalz zusammengefasst.

Bundesländer, obwohl die Regionen im Westen und Süden Deutschlands mit viel höheren Fallzahlen von COVID-19 zu kämpfen hatten. Dies mag unter anderem auf eine skeptischere Haltung gegenüber Politik im Allgemeinen in den neuen Bundesländern zurückzuführen sein (siehe Arnold, Freier und Kroh 2015). Um solche regionale Unterschiede in der Zufriedenheit mit Politik im Allgemeinen zu berücksichtigen, berichten wir in Abbildung 2 ergänzend die Differenz der Zufriedenheit des Krisenmanagements der Landesregierung auf der einen Seite und der mittleren Zufriedenheit des Krisenmanagements auf Bundes- bzw. Kommunalebene auf der anderen Seite. Abbildung 2 gibt somit an, um wie viele Skalenpunkte Befragte zufriedener mit der Landesregierung in einem Bundesland gegenüber der der Bundes- und Kommunalebene sind. Werte größer 0 wie in Thüringen, Bayern sowie Mecklenburg-Vorpommern deuten darauf hin, dass Befragte relativ gesehen zufriedener mit der jeweiligen Landes- als mit der Bundesregierung bzw. Lokalebene sind. Werte kleiner 0 wie in Nordrhein-Westfalen deuten auf eine geringere Zufriedenheit mit der Landes- gegenüber Bundesregierung und Lokalebene. In dieser Betrachtung wird deutlich, dass in vielen Bundesländern die Befragten das Krisenmanagement ihrer Landesregierungen ähnlich gut bewerten wie die Arbeit der Bundesregierung und der Kommunalpolitik (Werte nahe 0). Gerade die Arbeit der Landesregierungen in Bayern mit Markus Söder und in Mecklenburg-Vorpommern mit Manuela Schwesig werden jedoch von Befragten als im Vergleich besonders positiv beurteilt (etwa ein halber Skalenpunkt über der jeweiligen Zufriedenheit mit Bundesregierung und Kommunalebene), während die Befragten das Krisenmanagement in Berlin und Nordrhein-Westfalen vergleichsweise kritischer bewerten.

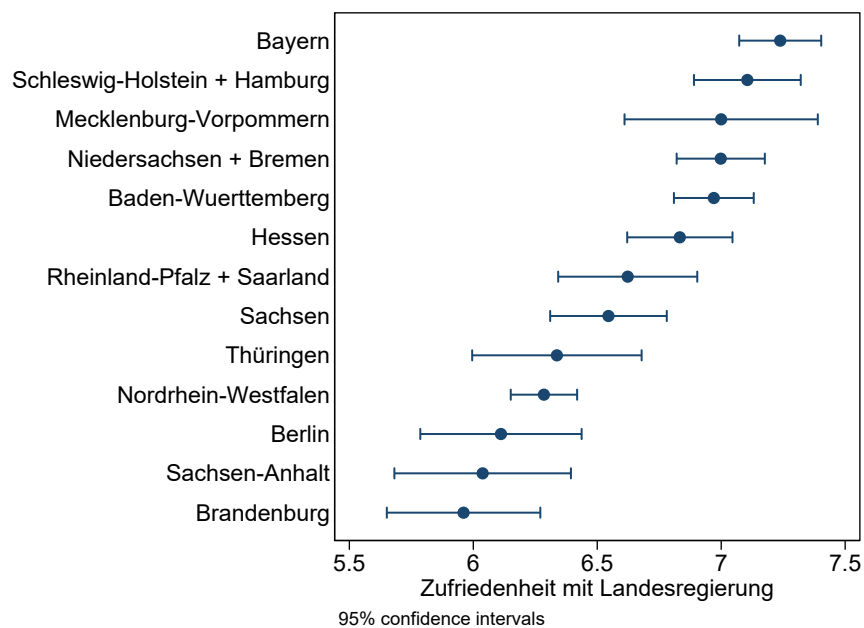


Abbildung 1: Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der jeweiligen Landesregierung

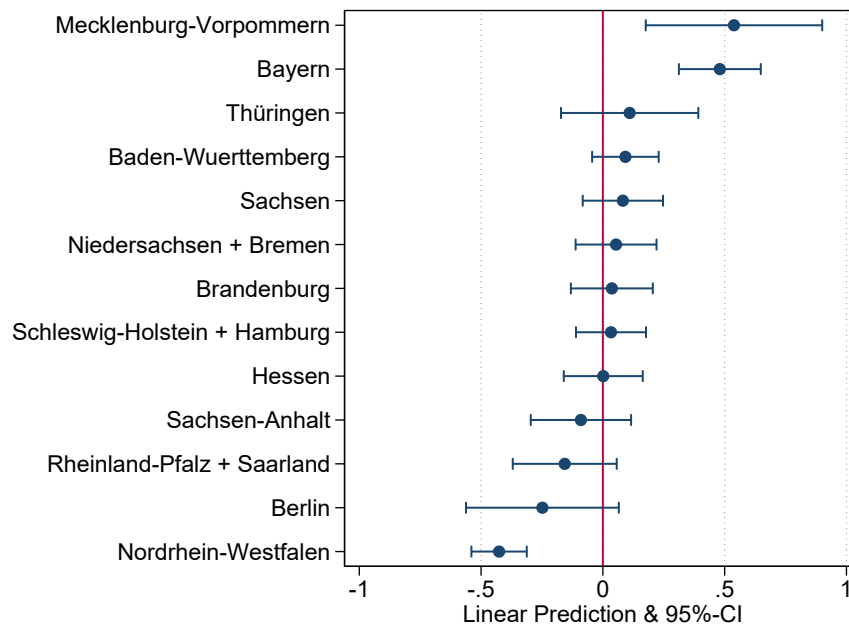


Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Landesregierung im Vergleich zu Bundesregierung und kommunaler Ebene⁶

Die uns vorliegenden Daten erlauben noch keine gezielten Analysen der Gründe für eine positivere oder negativere Beurteilung des Krisenmanagements in den Bundesländern. Die positivere Beurteilung des Krisenmanagements in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern kann daher nicht mit Sicherheit auf Entscheidungen und Maßnahmen der Landesregierungen und Ministerpräsidenten zurückgeführt werden. Möglich ist auch, dass die Menschen in diesen Bundesländern die Arbeit ihrer jeweiligen Landesregierung unabhängig von der Corona-Krise besser bewerten. Für diese alternative Erklärung würde sprechen, dass sich die Zufriedenheit im Beobachtungszeitraum der Erhebung, Anfang April bis Ende Mai, kaum verändert. Auf der anderen Seite zeigen sich sehr ähnliche Befunde, falls die Differenz „Zufriedenheit mit der Landesregierung – Zufriedenheit mit lokaler Ebene“ analysiert wird. Insofern spiegelt das Ergebnis keine generelle Bevorzugung der Regional- gegenüber der Bundespolitik beispielsweise in Bayern wider.

Neben Unterschieden in der Bewertung des Krisenmanagements der Landesregierung finden sich auch systematische Unterschiede in der Bewertung der Bundesregierung zwischen Bevölkerungsgruppen, insbesondere entlang des Parteienspektrums. Abbildung 3 zeigt die mittlere Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung nach der Parteiidentifikation⁷ der Befragten im Jahr 2019.

⁶ Dargestellt sind Schätzungen (Marginal Effects) auf Basis eines multivariaten linearen Regressionsmodells. Abhängige Variable bildet die Differenz „Zufr. Landesregierung – ((Zufr. Bundesregierung + Zufr. Lokale Ebene)/2)“. Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße, Kinder im Haushalt (ja/nein), Bildung, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, Berufsgruppe und Parteiidentifikation.

⁷ Zunächst wurden die Befragten zu einer allgemeinen Parteiidentifikation gefragt: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Personen, die hier mit „Ja“ antworten erhalten im Anschluss die Frage „Welcher Partei neigen Sie zu?“.

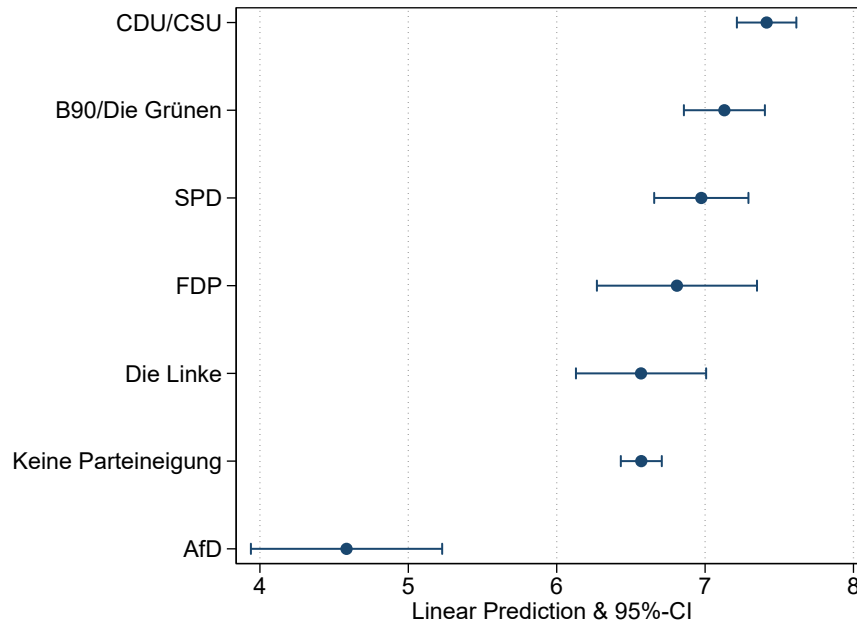


Abbildung 3: Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung nach Parteiidentifikation⁸

Personen die vor der Corona-Krise angegeben haben, den Parteien CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen zugeneigt zu sein, weisen eine vergleichsweise höhere Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung auf. Signifikant weniger zufrieden sind AnhängerInnen der Linken und Personen, die keiner Partei zuneigen. Die mit Abstand geringste Zufriedenheit berichten Befragte, die 2019 angegeben haben, der AfD zuzuneigen. Die regelmäßige Kritik von AfD-PolitikerInnen an RegierungsvertreterInnen und den beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus spiegelt sich demnach auch in den Antworten der Befragten, die angeben der AfD zuzuneigen.

3.2 Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie stellten diverse politische Beobachter wie auch InnenministerInnen der Länder fest, dass sich neben Kritikern einzelner Maßnahmen auch diverse Randgruppen bis hin zu gewaltbereiten RechtsextremistInnen unter DemonstrantInnen mischten bzw. sich Kritik an Maßnahmen mit einer grundlegenden Ablehnung des Demokratischen Systems verband. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach in diesem Zusammenhang von einer „soziale[n] Gefährdung der demokratischen Substanz“. Aber findet sich auch in der allgemeinen Bevölkerung eine steigende Unzufriedenheit mit der Demokratie im Kontext des Lockdowns und massiver Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens?

TeilnehmerInnen des SOEP werden regelmäßig zu ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland befragt, wobei 10 „ganz und gar zufrieden“ und 0 „ganz und gar unzufrieden“

⁸ Marginal Effects auf Basis eines multivariaten linearen Regressionsmodells. Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße, Kinder im Haushalt (ja/nein), Bildung, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, Berufsgruppe und Region (Ost/West).

bedeuten. Der langfristige Vergleich der mittleren Zufriedenheit in den Befragungsjahren vor der Krise 2005, 2010 und 2016 zeigt einen klaren positiven Trend. Die Menschen in Deutschland sind schon viele Jahre zunehmend zufriedener mit der Demokratie. Im Jahr 2020 steigt dieser Trend noch weiter auf den Mittelwert 6.5 an, fast einen Skalenpunkt über dem Wert des Jahres 2016 (siehe Abbildung 4). Der Trend und Anstieg bleibt dabei auch unter Kontrolle sozio-demographischer Merkmale wie Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße, Einkommen und Bildung bestehen. Insofern scheint die allgemeine Bevölkerung entgegen dem Eindruck der Corona-Proteste in ihrer hohen Zufriedenheit mit der Demokratie sogar bestärkt. Dies mag unter anderem an dem Eindruck eines insgesamt sachlichen und erfolgreichen Krisenmanagements sowie der Reaktionsfähigkeit demokratischer Institutionen liegen. Zudem kann dieser Anstieg auch auf das Erleben von Zusammenhalt in der Demokratie zurückgeführt werden, wenn viele Menschen die politischen Maßnahmen als direkt und unmittelbar nachvollziehbar empfinden.

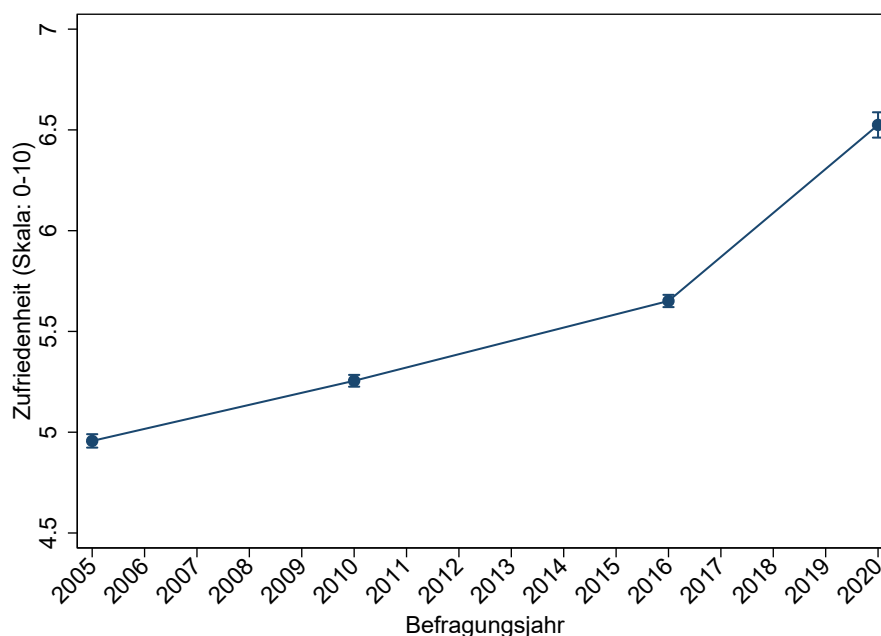


Abbildung 4: Mittlere Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland im Zeitverlauf

Nicht alle Personengruppen in Deutschland sind in gleichem Maße von der Corona-Krise und den damit verbundenen Maßnahmen betroffen. Sind besonders betroffene Gruppen wie z.B. älteren Menschen, Familien mit Kindern, Selbständige, oder Angestellte/Arbeiter in Kurzarbeit daher im Vergleich unzufriedener mit der Demokratie?

Abbildung 5 stellt die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie zwischen 2016 und 2020 für verschiedene Gruppen getrennt dar. Grundsätzlich zeigt sich in allen Gruppen ein Anstieg der Zufriedenheit mit der Demokratie. Auf einige Unterschiede (im Niveau) sei dennoch hingewiesen.

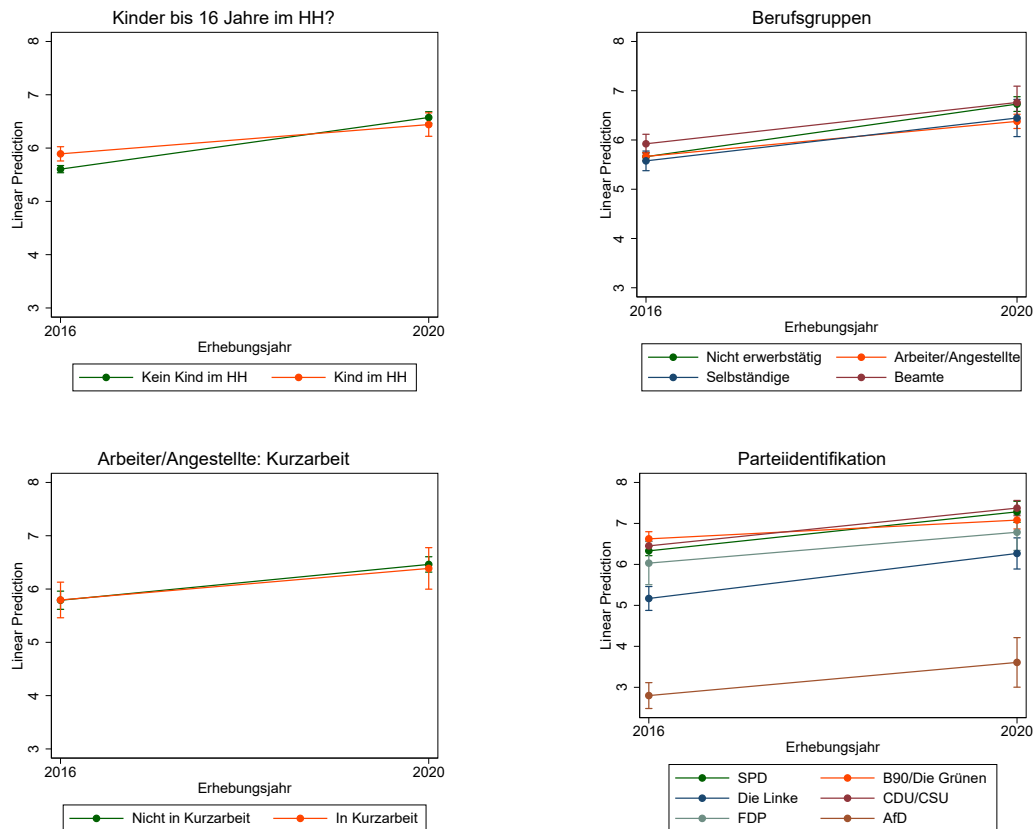


Abbildung 5: Niveau und Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie nach Bevölkerungsgruppen in 2016 und 2020⁹

Im Vergleich von Haushalten mit und ohne Kindern zeigt sich, dass Haushalte mit Kindern vor der Krise im Jahr 2016 eine höhere Zufriedenheit aufweisen, als Haushalte ohne Kinder. Im Jahr der Corona-Krise ist ein solcher Unterschied nicht mehr sichtbar. In beiden Gruppen ist die Zufriedenheit zwar gestiegen, bei den Personen ohne Kinder im Haushalt jedoch stärker. Die aktuell besondere Belastung der Familien mit Kindern im Haushalt schlägt sich hier möglicherweise in einer im Vergleich geringeren Steigerung der Zufriedenheit nieder.

Beamte, Angestellte/Arbeiter, Selbständige und Nicht-Erwerbstätige sind 2020 durchschnittlich alle zufriedener mit der Demokratie als noch 2016. Im Niveauvergleich sind dabei die Beamten am zufriedensten, die Selbständigen am wenigsten zufrieden. Kein Unterschied ergibt sich im Vergleich von Arbeitern/Angestellten mit und ohne aktueller Kurzarbeit.

Auch die Parteiidentifikation steht im Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Demokratie. So weisen Personen, die angeben, den Parteien Bündnis 90/Die Grünen, der SPD oder der CDU/CSU zuzuneigen, eine schon vor der Corona-Krise hohe mittlere Zufriedenheit auf, welche in 2020 noch leicht zunimmt. Eine deutlich niedrigere Zufriedenheit geben

⁹ Basis für die Analysen bilden multivariate lineare Regressionsmodelle mit Cluster-Robust Standard Errors (Haushaltsebene). Auf der Seite der erklärenden Variablen berücksichtigen wir Geschlecht, Alter, Region (Ost/West), Haushaltsgröße, Kinder im Haushalt (ja/nein), Bildung, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, Berufsgruppe und Parteiidentifikation. Abgebildet sind die geschätzten Mittelwerte der Zufriedenheit mit der Demokratie für ausgewählte Gruppen und Merkmalsausprägungen (Marginal Effects) sowie 95%-Konfidenzintervall dieser Schätzungen.

hingegen Personen an, die der AfD zuneigen. Trotz der Unterschiede im Niveau der Zufriedenheit zwischen Parteien zeigt sich auch hier der allgemeine Trend: Unabhängig von der Parteiidentifikation steigt die Zufriedenheit mit der Demokratie in allen Gruppen und auch bei Anhängern der AfD.

3.3 Zwischenmenschliches Vertrauen

Ein zentraler Aspekt gesellschaftlichen Zusammenhalts wie auch eine wichtige Ressource in Krisenzeiten und darüber hinaus ist das Vertrauen der Menschen in ihre Mitmenschen. Jede Form der Kooperation zwischen Menschen setzt ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen voraus, um gemeinsame mittel- und langfristige Ziele zu erreichen. Komplexe Gesellschaften sind ohne eine stabile Basis zwischenmenschlichen Vertrauens der in ihr lebenden Menschen daher nicht denkbar. So zeigt die bisherige Forschung, dass zwischenmenschliches Vertrauen auch in Zeiten von Pandemien wichtig ist: Personen, die anderen vertrauen setzen häufiger ein protektives Gesundheitsverhalten um (Chuang et al. 2015), oder sind eher bereit sich impfen zu lassen (Rönnerstrand 2013 und Van Bavel 2020).

Das Vertrauen in Andere mag jedoch in Zeiten von Pandemien leiden, in denen zwischenmenschliche Kontakte eine potentielle Gesundheitsgefahr bergen und ihnen somit mit gesundem Misstrauen zu begegnen ist. Gleichzeitig mag der Eindruck, dass sich viele Mitmenschen an die Einschränkungen halten und sich achtsam begegnen, das zwischenmenschliche Vertrauen erhöhen.

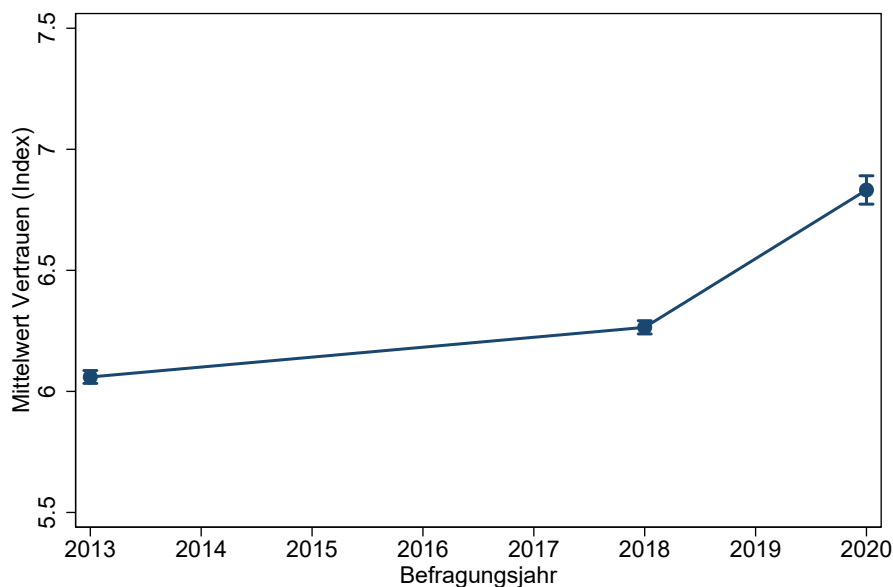


Abbildung 6: Vertrauen in andere Menschen über die Zeit

Wie hat sich das zwischenmenschliche Vertrauen der Menschen in Deutschland seit Corona verändert? Im SOEP und in der Zusatzbefragung SOEP-CoV wurde das zwischenmenschliche Vertrauen der Befragten in andere Menschen anhand von 3 Aussagen gemessen¹⁰: 1) „Im

¹⁰ Die Indikatoren zu Vertrauen werden seit 2003 im SOEP erhoben und seitdem alle fünf Jahre wiederholt abgefragt. Siehe auch Niels und Schupp (2009).

Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen“, 2) „Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen“, 3) „Wenn man mit Fremden zu tun hat, ist es besser, vorsichtig zu sein, bevor man ihnen vertraut“. Darüber hinaus wurden zwei Fragen zum Aspekt Fairness gestellt: 1) „Glauben Sie, dass die meisten Leute Sie ausnutzen würden, falls sie eine Möglichkeit dazu hätten, oder versuchen würden, Ihnen gegenüber fair zu sein?“ und 2) „Würden Sie sagen, dass die Leute die meiste Zeit versuchen, hilfsbereit sein, oder nur ihre eigenen Interessen verfolgen?“. Für die Analysen haben wir aus den Antworten dieser 5 Fragen einen Index gebildet (Wertebereich 1 bis 12, 1 = überhaupt kein Vertrauen in Mitmenschen, 12 = sehr großes Vertrauen in Mitmenschen).

Abbildung 6 zeigt die Entwicklung des mittleren Vertrauens über die Zeit für drei Messzeitpunkte; vor der Krise 2013 und 2018 sowie im April und Mai 2020 während der Krise. Gut zu erkennen ist die positive Entwicklung des zwischenmenschlichen Vertrauens über die Zeit. Während es zwischen 2013 und 2018 schon zu einem leichten Anstieg kommt, steigt das durchschnittliche Vertrauen im Jahr 2020 während der akuten Pandemie noch einmal deutlich an.¹¹ Die Menschen scheinen im Zuge der Krise also an Vertrauen in ihre Mitmenschen zu gewinnen.

Besonders gefährdete Personengruppen wie z.B. alte Menschen oder Menschen mit Vorerkrankungen sind in besonderem Maße auf Rücksicht und die Hilfe Ihrer Mitmenschen angewiesen. Dies hat möglicherweise auch Einfluss auf das Ausmaß Ihres Vertrauens anderen gegenüber. Abbildung 7 vergleicht daher die Entwicklung des Vertrauens getrennt für Altersgruppen und aktuellem selbstberichtetem Gesundheitszustand.

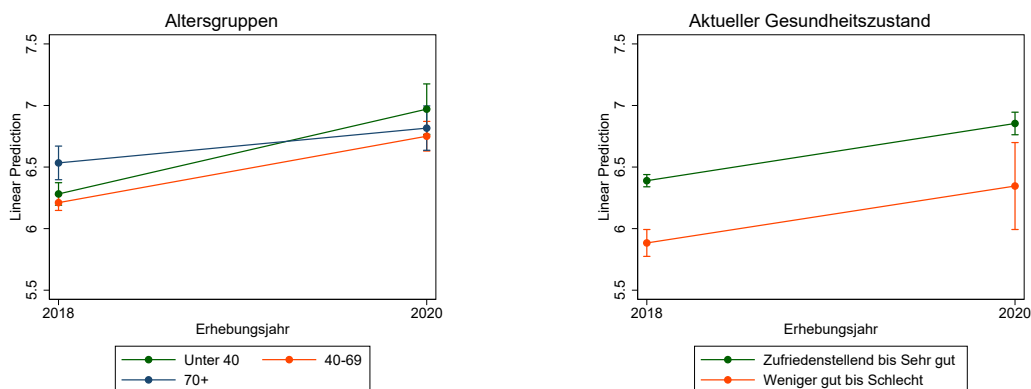


Abbildung 7: Entwicklung des Vertrauens nach Altersgruppen (links) und aktuellem subjektivem Gesundheitszustand (rechts)¹²

¹¹ Der zeitliche Trend und Anstieg ist dabei robust gegenüber der Integration einer Vielzahl sozio-demographischer Kovariaten in einer multivariaten Regressionsanalyse sowie gegenüber einer alternativen Indexbildung, bei der nur die Aussagen 1-3 berücksichtigt werden.

¹² Analog zu den vorangegangenen Analysen haben wir multivariate lineare Regressionsmodelle mit Cluster-Robust Standard Errors (Haushaltsebene) geschätzt und bilden Marginal Effects mit 95%-Konfidenzintervallen ab.

Hierbei zeigt sich, dass die Gruppe der über 70-jährigen einen vergleichsweise geringeren Anstieg des zwischenmenschlichen Vertrauens aufweist. Dem gegenüber stehen die jüngeren Altersgruppen der 40 bis 69jährigen und unter 40jährigen, für die ein stärkerer, signifikanter Anstieg beobachtet werden kann. Nur geringe Unterschiede im Anstieg des Vertrauens lassen sich zwischen Personen beobachten, die ihre Gesundheit als zufriedenstellend bis sehr gut einschätzen im Vergleich zu Personen, die eine weniger gute bis schlechte Gesundheit berichten. Auch hier lässt sich jedoch ein Unterschied im Niveau feststellen. Personen mit besserer selbst eingeschätzter Gesundheit haben vor und während der Krise ein größeres Vertrauen in ihre Mitmenschen.

3.4 Sorgen um gesellschaftlichen Zusammenhalt

SOEP-TeilnehmerInnen werden schon seit 2015 zu ihren Sorgen um den Zusammenhalt in der Gesellschaft befragt (siehe Priem, Kaiser und Schupp 2020); so auch in SOEP-CoV während der Krise. Der positive Trend setzt sich dabei auch hier fort: Befragte des SOEP beurteilen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten der Corona-Krise besser als zuvor. Während im Jahr 2019 noch 32 Prozent angaben sich große Sorgen um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu machen, liegt dieser Anteil während der Corona-Krise lediglich noch bei 22 Prozent. Eine mögliche Erklärung für den positiveren Blick der Menschen auf den Zusammenhalt in Deutschland ist das persönliche Erleben zwischenmenschlicher Unterstützung und Hilfe in der Corona-Krise, bspw. in der Nachbarschaft. So bewerten 70 Prozent der Befragten den Zusammenhalt in Ihrer Nachbarschaft in der aktuellen Krisensituation als sehr gut oder gut.

4. Fazit

Die anhaltende Pandemie stellt die Gesellschaft vor eine extreme Herausforderung. Dabei hat die Corona-Krise einerseits das Potenzial, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schwächen, insbesondere dann, wenn demokratische Institutionen die Krise unzureichend managen oder wenn das Verhalten von MitbürgerInnen als unsolidarisch wahrgenommen wird. Andererseits liegt in der Krise auch eine Chance für die Gesellschaft, die nun zusammenrücken und zusammenhalten muss. Denn das kollektive Erfolgserlebnis, die Pandemie eingedämmt zu haben, kann sich positiv auf das Vertrauen in unser demokratisches Gemeinwesen und auf das zwischenmenschliche Vertrauen auswirken. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, gegenseitige Rücksichtnahme und Solidarität können in der Krise eingeübt und auch in Zukunft fortgeführt werden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse zeichnen ein tendenziell positives Bild und lassen Raum für Optimismus und Lernprozesse. Insgesamt sind die Menschen zufrieden mit dem Krisenmanagement von Bund, Ländern und den Kommunen. Darüber hinaus steigt in der Krise die Zufriedenheit mit der Demokratie und auch das Vertrauen untereinander. Die Analysen etwaiger Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass die positive Entwicklung praktisch alle Bevölkerungsgruppen betrifft.

Gleichzeitig wissen wir aus vergangenen Krisen, dass die kollektive Wahrnehmung und Stimmung immer nur Momentaufnahmen sind und sich schnell verändern können. Das heißt, die hier skizzierte positive Entwicklung muss sich in den nächsten Monaten (oder Jahren) der Krise keineswegs fortsetzen.

Sowohl die Politik als auch die BürgerInnen müssen dazu beitragen, dass die Pandemie möglichst mild und mit glimpflichen Folgen für die Gesellschaft verläuft. Die Aufgabe der politischen Entscheidungsträger ist es neben der Sicherstellung einer guten gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung, die Belastungen möglichst gerecht zu verteilen und Bevölkerungsgruppen, die existentielle Sorgen haben, nachhaltig zu unterstützen. Von sehr vielen BürgerInnen in Deutschland wird die Krise auch in den nächsten Monaten und Jahren noch Entbehrungen und Geduld fordern. Eine weitreichende Zufriedenheit mit den Institutionen im Land und ein positives Gefühl des Zusammenhalts mit den Mitmenschen können sicherlich dazu beitragen, dass die Bevölkerung auch langfristig Verständnis für die staatlichen Schutzmaßnahmen aufbringt.

Insgesamt betrachtet können die durchaus optimistisch stimmenden, positiven Ergebnisse der vorliegenden Analyse zwar nicht über die massiven lebens- und existenzbedrohenden Folgen der Verbreitung des Coronavirus hinwegtäuschen. Dennoch scheint in der Krise trotz der großen Herausforderungen und individueller Schicksale auch eine Chance zu liegen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken.

Literatur

- Arnold, F., Freier, R. & Kroh, M. (2015). *Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?* (DIW Wochenbericht 27). Zugriff am 01.07.2020. Verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.513464.de/15-37.pdf
- Carlin, R. E., Love, G. J. & Zechmeister, E. J. (2014). Trust Shaken: Earthquake Damage, State Capacity, and Interpersonal Trust in Comparative Perspective. *Comparative Politics*, 46(4), 419–437.
- Chuang, Y.-C., Huang, Y.-L., Tseng, K.-C., Yen, C.-H. & Yang, L.-h. (2015). Social capital and health-protective behavior intentions in an influenza pandemic. *PloS One*, 10(4). <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0122970>
- Dayrit, M. & Mendoza, R. U. (2020). Social Cohesion vs COVID-19. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3555152>
- Goebel, J., Grabka, M. M., Liebig, S., Kroh, M., Richter, D., Schröder, C. et al. (2019). The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 239(2), 345–360. <https://doi.org/10.1515/jbnst-2018-0022>
- Kühne, S., Kroh, M., Liebig, S. & Zinn, S. (2020). The Need for Household Panel Surveys in Times of Crisis: The Case of SOEP-CoV. *Survey Research Methods*, 14(2), 195–203. <https://doi.org/10.18148/srm/2020.v14i2.7748>
- Michalski, N. & Schupp, J. (2020). *Sozialer Rohstoff: "Den meisten Menschen kann man vertrauen"* (DIW Wochenbericht 34). Zugriff am 01.07.2020. Verfügbar unter <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/151830/1/09-34-1.pdf>
- Navarro-Carrillo, G., Valor-Segura, I., Lozano, L. M. & Moya, M. (2018). Do Economic Crises Always Undermine Trust in Others? The Case of Generalized, Interpersonal, and In-Group Trust. *Frontiers in Psychology*, 9. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2018.01955>
- Priem, M., Kaiser, F. & Schupp, J. (2020). Zufriedener denn je - Lebensverhältnisse in Deutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, 64, 7–15. Zugriff am 01.07.2020. Verfügbar unter <https://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/isi/ISI-64.pdf>
- Rönnerstrand, B. (2013). Social capital and immunisation against the 2009 A(H1N1) pandemic in Sweden. *Scandinavian Journal of Public Health*, 41(8), 853–859. <https://doi.org/10.1177/1403494813494975>
- Siegers, R., Belcheva, V. & Silbermann, T. (2020). *SOEPcore v35 - documentation of sample sizes and panel attrition in the German Socio-Economic Panel (SOEP) (1984 until 2018)* (SOEP Survey Papers 826). DIW/SOEP. Zugriff am 01.07.2020. Verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.745900.de/diw_ssp0826.pdf
- Van Bavel, J. J., Baicker, K., Boggio, P. S., Capraro, V., Cichocka, A., Cikara, M. et al. (2020). Using social and behavioural science to support COVID-19 pandemic response. *Nature Human Behaviour*, 4(5), 460–471. <https://doi.org/10.1038/s41562-020-0884-z>